

Widerstand der Versammlung zu vermehren, weil er sich durch die Befreiung an seine Mitglieder, die Arbeit aufzunehmen, als Streikbrüchler erklärt hat.

Der Antrag wurde mit dem Stimmen der christlichen Gewerkschaften einstimmig angenommen.

Als Verhandlung den Gang verlieh, erklärte er dem DVB-Kongressmitglied, er werde daraus die Konsequenzen ziehen. Auf die Frage eines Mitgliedes der Streikleitung, ob er damit meine, daß

er sich weiterhin als Streikbrüchler betätigen wolle, erklärte er: „Zweifel, das würde ich nicht tun.“ Dieses unerschlachte Eingeständnis rief selbstverständlich die Empörung der gesamten Versammlung hervor.

Ein im DVB organisiertes Mitglied der Streikleitung stellte an den DVB-Bürokraten Richter die Frage, ob es wohl ist, daß der Kongress Lehmann in einer Betriebsversammlung der Firma Peter Kentsch in Seiffenhensdorf erklärt hat, die Belegschaft von August Hoffmann habe es soweit gebracht, daß etwa 150 neuangeleierte Arbeiter wieder drohlos würden.

es sollten nur die RSD-Kollegen und die Nazis wieder einberufen werden und die DVB-Mitglieder auf der Straße bleiben. Weiter wurde Richter gefragt, wie die Verbandsleitung zu dem Streik der Belegschaft steht.

Richter sammelte verdattert, daß er „es ablehne, sich hier vor ein Tribunal setzen zu lassen.“ Was Lehmann in Seiffenhensdorf gesagt habe, wisse er nicht. Der Verband wüßte, daß die Belegschaft in ihrem Kampf Erfolg habe. Nachdem jetzt die Firma die tariflichen Löhne zahlen will und auf dem Lohnabbau verzichte,

sei eine „ganz neue Situation“ geschaffen und die Arbeiter müßten selbst entscheiden, was sie tun wollten. Man merkte seiner Rede an, daß ihm die Abfuhr die wenige Minuten vorher sein christlicher Kumpan von der Belegschaft erhalten hatte, davon abließ, sich ebenfalls offen für die Wiederaufnahme der Arbeit einzulassen.

Der anwesende RSD-Vertreter schilberte eindringlich was diese gewundene Erklärung Richters zu bedeuten hat, und er schilberte das schändliche Verhalten der DVB-Bürokraten. Richter stieg das alles schülternd ab.

In dem Betrieb selbst geht es drunter und drüber. Mehrere 10 000 Meter Stoff liegen in der Saug- und verarbeiteten.

wenn die Firma nicht bald nachgibt. Einer der Christ. Arbeiter Hoffmann, betratte bei der Streikleitung, er solle doch einige Arbeiter zur Verfügung stellen, damit der Streik nach der Firma nicht noch größer werde. Auf den Hinweis, daß die Betriebsleitung ja nur die Forderungen der Belegschaft zu erfüllen braucht, antwortete der Unternehmer: „Ich würde das ja gerne tun, aber alleine kann ich das nicht!“

Die Situationsbewusstheit der Belegschaft ist also vollumfänglich begründet. Am 10. November sind die Verhandlungsversuche, die von den Gewerkschaften unternommen werden und die fast von dem ergebnislosen Sieg der proletarischen Einheitsfront der Belegschaft zu spalten versuchen.

Daß die Belegschaft steht in starrer Front seit zusammen und wird unter ihrer selbstgewählten revolutionären Führung bis zum Siege weiterkämpfen.

GPD-Streikbruch in Papen-Betrieb

Streikbrecher-Vermittlungsbüro von den Bonzen des Fabrikarbeiterverbandes eingerichtet. Freigewerkschaftler gegen die Streikbrüchler

Bielefeld, 14. Oktober

Der Streik der nahezu 1000 Mann starken Belegschaft von Bielefeld & Boch in Logen ist gestern abgebrochen worden, nachdem die Gewerkschaftsbürokratie eine ungünstige Einigung erzielt haben. Die Gewerkschaftsbürokratie eine ungünstige Einigung erzielt haben. Die Gewerkschaftsbürokratie eine ungünstige Einigung erzielt haben.

In der Belegschaft herrscht eine ungeheure Empörung über den Streikbruch. Die Arbeiter sind wütend über den Streikbruch. Die Arbeiter sind wütend über den Streikbruch.

GPD-Funktionäre begünstigen Lohnraub

Der Inhaber der Kartonagenfabrik Bielefeld hat am Mittwoch einen Ausschuss ernannt, um die Belegschaft zu verhandeln. Der Ausschuss hat am Mittwoch einen Ausschuss ernannt, um die Belegschaft zu verhandeln.

Bielefeld hat am Mittwoch einen Ausschuss ernannt, um die Belegschaft zu verhandeln. Der Ausschuss hat am Mittwoch einen Ausschuss ernannt, um die Belegschaft zu verhandeln.

Am Donnerstag früh leitete die Streikleitung der Bonzen an den Streikposten vor dem Betrieb. In einer noch nicht von einem Teil der Belegschaft beachteten Versammlung der Organisierten, hatten die Bonzen den Beschluß zur Wiederaufnahme der Arbeit gefasst.

Gegen die amerikanische Klassenjustiz

Die heute im Arbeiterheim Bielefeld vermittelten Funktionen sind ein Zeichen der Klassenjustiz. Die heute im Arbeiterheim Bielefeld vermittelten Funktionen sind ein Zeichen der Klassenjustiz.

Rassistreikbrecher am Werk

Der von einigen Tagen angebrochene Streik in der Bielefelder Kartonagenfabrik ist am Mittwoch in der Bielefelder Kartonagenfabrik am Mittwoch in der Bielefelder Kartonagenfabrik am Mittwoch.

Streikverschärfung in Berlin

Der Streik der Arbeiter in Berlin ist am Donnerstag in der Bielefelder Kartonagenfabrik am Donnerstag in der Bielefelder Kartonagenfabrik am Donnerstag.

Papens „drakonische Maßnahmen“ in der Praxis

Sechs Monate Gefängnis für Streikposten angedroht!

Duisburger Arbeitsgericht erläßt einseitige Verkäufe. Das geht alle Arbeiter an

In seiner Eilmündigen Rede hat Papen „drakonische Maßnahmen gegen die Bewegung des Wirtschaftsprogrammes“ angekündigt. Die Kapitalisten führen sich prompt die Klassenjustiz an mit ihrer Hülfe gegen die streikende Arbeiterklasse vorzugehen.

In Duisburg streikt seit einigen Tagen die Belegschaft des Kalkwerkes. Es sind über 200 Arbeiter, davon zwei Drittel Frauen, die gegen einen Lohnabbau kämpfen. Die Diktation wandte sich nun nach berühmten Mustern an das Arbeitsgericht und erwirkte gegen sieben „angebliche“ Mitglieder der Streikleitung eine einseitige Verfügung, in der es heißt:

„Diese sieben Arbeiter“ wird durch einseitige Verfügung unter Androhung eines Gefängnis bis zu 15000 Mark oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten in jedem Fall der Zusammenkunft verboten, selbst oder andere an Einigungs- und Jugungsfragen zu dem Zweck der Unterzeichnung in sowie in der Nähe des Streikpostens aufzusuchen, um die arbeitwilligen Arbeiter der Unterzeichnung oder solcher Arbeiter, die bei der Unterzeichnung nicht zugegen waren, an dem Eintritt über der Ausstellung der Arbeit durch Gewalt oder durch Androhung, eines Verbrechens oder Vergeltens gegen deren Person oder deren Angehörigen und Eigentum zu verhindern (1).

Die Behauptung ist durch eldenrechtliche Verfügungen glaubhaft gemacht (1). Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Sache (1).

Duisburg, 18. Oktober 1932. Arbeitsgericht, Dr. Schröder, Amtsgerichtsrat.

Das ist ein neuer ungeschickter Vorstoß der Justiz gegen die elementarsten Rechte der Arbeiter. 6 Monate Gefängnis für Streikposten angedroht.

Das geht die gesamte deutsche Arbeiterklasse an. In diesen Tagen muß von den kampfbereiten Massen die Streikfreiheit, die Koalitionsfreiheit vertheidigt werden. Je größer die Massen an diesem Kampf teilnehmen, je größer am 8. November das Millionenstimm für die kommunistische Partei, um so wirksamer wird der Kampf sein. Keine Unterbrechungsmaßnahme wird den Unternehmern nützen.

Denk daran, daß Goering und andere SPD-Führer durch Einsatz von Polizei gegen Streikende, durch Waffengewalt von Streikposten die Maßnahmen der Papenregierung vorbereitet haben. Rechne ab mit den Wegbereitern des Faschismus, den SPD-Führern. Kämpft um Brot und Freiheit unter Führung der KPD und RSD!

Papen spricht den bayrischen Kronprinz

„Das Reich in seiner allein Herrlichkeit aufrichten“ Reichspräsident Papen hat in seiner Rede vor den Industriellen in München eine längere Unterredung mit dem Kronprinzen geführt. Was Papen sprach Papen im Kaiserlich-königlichen Reich, was er noch nicht seine Verfassungsübertragungsphase erörterte. Nach ihm besteht er, daß jede Regierung von jeder Partei unabhängig auf „christlicher und bürgerlicher Grundlage“ gebildet werden müsse.

In Zusammenhang mit dem von uns schon vorgestellten obenstehenden Plänen des Kronprinzen über eine monarchische Rest-

Erklärungen vor dem Staatsgerichtshof

Neben den langen Reden, die Professor über die Vorgänge in der Reichsregierung gehalten, hat er heute vor dem Staatsgerichtshof wieder ständig neue Erklärungen verschiedener Minister über die Vorgänge am 20. Juli. Die wichtigsten dieser Erklärungen lauten:

Reichsinnenminister Böhm, der sich ausdrücklich zu den Erklärungen Goerings bekannte.

Die Erklärung Böhm ist nicht nach einigen Lobprüchen auf „politisch erfahrenen Mann“ Goering mit folgenden Worten:

„Behauptet, und nach den eigenen Darstellungen des Herrn Ministers Goering festgestellt, ist die Tatsache, daß der Herr Minister in der Unterredung vom Juli aus sich selbst heraus auf die kommende Notwendigkeit der Bereinigung der Reichsmittel zum Reich und Preußen in drastischen Worten hingewiesen hat.“

Im übrigen bewerte die Verhandlung auf ein Kompromiß hin. Man will die preußische Polizei dem Reichsminister im Innern unterstellen, die anderen Ministerien jedoch selbständig lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromißantrag auf einen Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkommission geht ihrem Ende zu. An der Reichsregierung sind sich gar nichts ändern über die demokratischen Arbeiter werden einer Illusion ärmlicher sein, darin besteht, daß sie immer noch nicht glauben wollten, daß der Spiel vor dem Staatsgerichtshof ein Reformmandat über Führer werden sollte, das Goering und Co. aber erneut entzogen hat.

Gegen Krieg darf nicht gesprochen werden

Eine von der kommunistischen Partei geführte Kundgebung in Bielefeld wurde nach Ermahnung durch die Polizei aufgelöst. Der Redner des Genossen Fritz Lange sprach „unseren“ gewaltigen Kampf und Genosse Lange wurde deshalb verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dem Polizeiführer hatten es um Worte des Genossen Lange gegen den imperialistischen Krieg angetan. Gegen den imperialistischen Krieg darf nicht mehr gesprochen werden.

Gegen Krieg darf nicht gesprochen werden

Die Verhandlung, die bereits eine halbe Stunde vor Beginn abgebrochen wurde, wurde am Sonntag dem Genossen „Lange“ und Reichsminister Böhm in ungeschickter Weise

GA-Bombenwerfer gefaßt

Einer der GA-Bombenwerfer, der vor mehreren Wochen das militärische Sprengstoff-Museum auf einen sozialdemokratischen Redakteur in Reichsbach verübte, ist gefaßt worden. Nach dem Haus, aus dem die Bombe kam, konnte er gefaßt werden. Es ist ein Haus des Friedrichsplatzes, das im Markt ein jüdisches Geschäft untergefaßt war.

Polizeiaktion gegen proletarische Verlage

Erfolgreiche Hausdurchsuchungen in kommunistischen Zeitungsbetrieben

Bielefeld, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Bielefeld hat in allen proletarischen Verlagen große Hausdurchsuchungen durchgeführt. In diesen Verlagen wurden in ganz Bielefeld in den Verlagen ebenfalls Hausdurchsuchungen durchgeführt. Das Ziel dieser angelegten, aber völlig ergebnislos verlaufenen Aktion war die Forderung nach der „Kaiserlichen Zeitung“, eine, nach Meldungen der Polizei, in großer Zahl illegale kommunistische Zeitungen. Trotz des Vorfalles gab es keine weiteren Ermittlungen. Die Verbindung zwischen Verlagen und „Kaiserlicher Zeitung“ ist nicht aufgeklärt.

Bielefeld hat in allen proletarischen Verlagen große Hausdurchsuchungen durchgeführt. In diesen Verlagen wurden in ganz Bielefeld in den Verlagen ebenfalls Hausdurchsuchungen durchgeführt.